



Brüssel, 02. Dezember 2008

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

EP-Binnenmarktausschuss stimmt für Maßnahmen zur CO2-Reduktion bei Reifen

"Die heute angenommenen Maßnahmen werden wesentlich zur weiteren Reduktion des CO2-Ausstoßes bei PKW und LKW führen", so Andreas Schwab, EP-Berichtersteller zur Verordnung zur Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer allgemeinen Sicherheit, nach der heutigen Abstimmung im Binnenmarktausschuss. Das Maßnahmenpaket umfasst die so genannten "zusätzlichen Maßnahmen" und ist Teil des CO2-PKW Pakets der Kommission.

Die serienmäßige Einführung von Systemen zur Überwachung des Reifendrucks bei PKW sowie erhöhten Anforderungen an das Reifendesign, etwa bei der Nasshaftung und beim Rollwiderstand werden ein weiteren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzvorgaben für den Automobilssektor leisten. "Außerdem haben wir die Kommission aufgefordert zu prüfen, ob eine Einführung von Systemen zur Reifendrucküberwachung nicht auch für LKW, die wesentlich längere Strecken auf Europas Straßen zurücklegen, sinnvoll wäre."

Die geplanten Verbesserungen gingen zu Gunsten der Umwelt, verursachten aber keine höheren Kosten, da sie durch zusätzliche Einsparungen beim Spritverbrauch kompensiert würden. "Dieser Verordnungsvorschlag ist ein Beispiel dafür, dass man Umwelt- und Verbraucherschutz miteinander vereinbaren kann", betonte der CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg.

Wesentlich sei ferner die vom Ausschuss befürwortete frühere Einführung zusätzlicher Sicherheitssysteme bei Neuwagen, wie des Antiblockiersystems ESP als europaweiter Serienausstattung. "Die vom Binnenmarktausschuss in Auftrag gegebene Studie hat ergeben, dass die verpflichtende Einführung von ESP wirtschaftlich vertretbar ist. Die Technik existiert bereits auf dem Markt und wird angenommen", so Schwab.

Der Binnenmarktausschuss hat sich außerdem für ambitionierte Werte bei den Lärmemissionen von Reifen ausgesprochen. "Leider konnte sich die EVP mit den meiner Ansicht nach realistischeren Vorschlägen nicht durchsetzen", so Schwab. "So besteht die Gefahr, dass die Reifenhersteller unter erheblichen Druck geraten, was angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Situation schwierig zu verantworten wäre".

Dennoch begrüßt der Berichterstatter, dass große Einigkeit darüber bestand, die Lärmproblematik breiter anzugehen: "Bei der Verbesserung der Straßenoberflächen besteht noch immer ein großes Potential zur Lärmreduzierung. Hier müssen wir die Mitgliedstaaten stärken in die Pflicht nehmen", so Schwab abschließend.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938

EVP-ED-Pressestelle, Knut Götz, Tel.: +32 - 479 - 972144